

Stand: 14.05.2025 03:04:21

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/11889

"Gegen Diskriminierung bei der Besetzung von Unternehmensvorständen: Nein zur Quotenfrau!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/11889 vom 08.12.2020
2. Plenarprotokoll Nr. 66 vom 10.12.2020
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/13908 des WI vom 28.01.2021
4. Plenarprotokoll Nr. 74 vom 04.03.2021
5. Beschluss des Plenums 18/17411 vom 21.07.2021
6. Plenarprotokoll Nr. 89 vom 21.07.2021



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Josef Seidl, Martin Böhm, Dr. Ralph Müller, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Gegen Diskriminierung bei der Besetzung von Unternehmensvorständen: Nein zur Quotenfrau!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen Ebenen gegen die Frauenquote in Unternehmensvorständen zu positionieren.

Der Landtag bekundet seine Unterstützung für das Prinzip der Chancengleichheit in der Privatwirtschaft unabhängig vom Geschlecht. Lediglich die persönliche Eignung einer Person in Bezug auf das zu besetzende Tätigkeitsgebiet soll das Auswahlkriterium für die Besetzung einer bestimmten Stelle sein, nicht aber irgendeine sachfremde Erwägung.

Begründung:

Die Eindämmung der Geschlechterdiskriminierung am Arbeitsplatz muss von Gesellschaft und Staat aktiv unterstützt werden. Ein Kernprinzip der westlichen Demokratie und Wertegemeinschaft ist das Primat der Chancengleichheit und des individuellen Wertes jeder Person unabhängig von Geschlecht, Rasse, Religion u. v. anderen Gruppenidentitäten. Abgeleitet auf die Unternehmenswelt bedeutet dies: Das Auswahlkriterium für die Besetzung einer bestimmten Stelle hat lediglich die persönliche Eignung einer Person in Bezug auf das zu besetzende Tätigkeitsgebiet zu sein, nicht aber irgendeine sachfremde Erwägung. Als eine Form der positiven Diskriminierung und der Ergebnisgleichheit (Paritätsprinzip) widerspricht die Frauenquote dieser fundamentalen Wahrheit.

Die Frauenquote verstößt nicht nur gegen die westlichen Werte, sondern auch gegen das deutsche Recht: Zweck des Art. 3 Abs. 2 Satz 2 des Grundgesetzes (GG) ist allein die Herstellung der Chancengleichheit, nicht aber die geschlechtsparitätische Besetzung aller Positionen um ihrer selbst willen. Des Weiteren greift die Frauenquote in der Privatwirtschaft auch in die Grundrechte der Eigentumsfreiheit gem. Art. 14 GG, der Berufsfreiheit gem. Art. 12 GG, sowie in die Vereinigungsfreiheit aus Art. 9 Abs. 1 GG ein¹. In Anlehnung an diese Rechtskollision wurden die Paritätsgesetze in den Bundesländern Thüringen und Brandenburg bereits von den Verfassungsgerichtshöfen als für verfassungswidrig erklärt und aufgehoben².

¹ Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags (2018). Verfassungsrechtliche Zulässigkeit von Frauenquoten. WD 3 – 3000 – 080/18.

² Siehe: Urteil – Thüringer Verfassungsgerichtshof – Freistaat Thüringen (2020). URL: [http://www.thver-fgh.thueringen.de/webthfj/webthfj.nsf/8104B54FE2DCDADDC12585A600366BF3/\\$File/20-00002-U-A.pdf?OpenElement](http://www.thver-fgh.thueringen.de/webthfj/webthfj.nsf/8104B54FE2DCDADDC12585A600366BF3/$File/20-00002-U-A.pdf?OpenElement) und Verfassungsgericht des Landes Brandenburg (2020). Pressemitteilung. Paritätsgesetz verfassungswidrig. URL: <https://verfassungsgericht.brandenburg.de/verfgbbg/de/presse-statistik/pressemitteilungen/detail/~23-10-2020-paritaetsgesetz-verfassungswidrig>

Darüber hinaus ist die Frauenquote kontraproduktiv: Im Jahr 2019 hatten nach Angaben der Weltbank 43 Länder einen höheren Frauenanteil im mittleren und gehobenen Unternehmensmanagement als Deutschland (28,6 Prozent). Darunter die Dominikanische Republik (Platz 1; 50,2 Prozent), Honduras (Platz 2, 47,5 Prozent), die Seychellen (Platz 3, 47,3 Prozent), aber auch relativ konservative Länder, wie Russland (Platz 8, 42 Prozent), Polen (Platz 11, 41,2 Prozent), die USA (unter Trump, Platz 12, 40,8 Prozent)³. Alle diese Länder vereint, dass sie keine Frauenquoten für Unternehmen haben⁴, was wiederum die Nichtnotwendigkeit dieser Maßnahme bestätigt. Darüber hinaus zeigt eine kürzlich vom MIWI-Institut durchgeführte Analyse⁵, dass die Frauenquoten in Unternehmensvorständen die Wachstumsrate des Frauenanteils in mittleren und höheren Führungspositionen gebremst hat: In Deutschland war diese vor Einführung eines Quotenmandats (2016) durchschnittlich 2,1 Prozent pro Jahr, danach nur noch 0,5 Prozent; in Island 3,7 Prozent davor (2013) und 2,7 Prozent danach; in Finnland 2,7 Prozent davor (2010) und weniger als 1 Prozent danach; in Norwegen 4,4 Prozent davor (2008) und Null danach. Ferner zeigt eine führende Studie der Leeds University (2018), dass in Ländern in denen Frauen positiv diskriminiert werden, diese mit geringerer Wahrscheinlichkeit die traditionell von Männern ausgeführten MINT-Berufe wählen⁶.

Der logische Irrtum der postmodernen Identitätspolitik kann anhand von zwei kritischen Fragen weiter veranschaulicht werden. Erstens, wenn Geschlechterquoten gefordert werden, um die männliche „Dominanz“ auf dem Arbeitsmarkt abzubauen, warum werden diese dann nur für einflussreiche Führungspositionen, nicht aber für alle anderen von Männern dominierten Berufe gefordert, einschließlich des Bergbaus, Bauwesens, der Abwasserreinigung, Schlachthofarbeit, Müllabfuhr, etc.? Zweitens, Frauenquoten werden als Mittel zur „Wiedergutmachung“ von echter oder vermeintlicher Unterrepräsentation und Benachteiligung aufgrund der Zugehörigkeit zu einer bestimmten Kollektividentität gerechtfertigt. Wenn es also Frauenquoten geben soll, warum gibt es dann keine Quoten für andere Gruppenidentitäten? Und wer entscheidet, welche Gruppe benachteiligt oder unterrepräsentiert ist und in welchem Umfang? Sollte es in Betriebsräten auch Quoten für Dicke und Dünne, für Hübsche und für Hässliche, für Alte und für Kinder geben?

Die Frauenquote in Vorständen wird auch von vielen Teilen der CSU und CDU kritisiert. So beklagte der bayerische Landeschef der Mittelstandsunion und ehemaliger bayerischer Staatsminister für Wirtschaft, Energie und Technologie Franz Josef Pschierer: „Keine Quoten in Vorständen! Das stellt einen immensen Eingriff in die unternehmerische Freiheit dar – egal ob bei Mittelständlern oder bei DAX-Unternehmen. Es sollte den Unternehmen und deren Anteilseignern selbst überlassen sein, wie sie ihren Vorstand zusammensetzen und dabei liegt es in ihrem ureigenen Interesse, auf die meines Erachtens unverzichtbare Frauenpower zu setzen. Es gibt zahlreiche Beispiele, gerade in mittelständischen Unternehmen, wo Frauen schon längst ohne gesetzlich vorgeschriebene Quote Führungspositionen erfolgreich ausüben. Eine personelle Umstrukturierung aufgrund von Quoten sei vor allem in der aktuellen Lage fatal. Ich bin entsetzt, dass aus den Reihen der SPD tagtäglich neue Vorschläge kommen, die den gebeutelten Unternehmen immer mehr die Luft abdrehen. Das ist gerade jetzt mehr als unverantwortlich“⁷.

Anstatt das kollektivistische Konzept der Ergebnisgleichheit voranzutreiben, sollte die Landesregierung zu den westlichen Werten der Chancengleichheit und des individuellen Verdienstes zurückkehren. Wenn eine Frau aus freiem Willen eine Manager-Karriere anstrebt, sollte sie aufgrund ihres Geschlechts daran nicht behindert werden. Nicht

³ World Bank Data (2020). URL: <https://data.worldbank.org/indicator/SL.EMP.SMGT.FE.ZS>

⁴ Siehe u. a.: Smith N. (2018). Gender quotas on boards of directors. Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Bonn. URL: <https://wol.iza.org/articles/gender-quotas-on-boards-of-directors/long>

⁵ MIWI Institut (2020). Governance. Based on World Bank Data. URL: <https://miwi-institut.de/archives/category/research/governance>

⁶ Gijsbert S., Geary D. (2018). The Gender-Equality Paradox in Science, Technology, Engineering, and Mathematics Education. Psychological Science. URL: <https://journals.sagepub.com/doi/10.1177/0956797617741719>

⁷ CSU (2020). Pressemitteilung. Keine Quoten in Vorständen! URL: <https://www.csu.de/partei/pararbeit/arbeitsgemeinschaften/mu/mu-aktuell/2020/keine-quoten-in-vorstaenden/?pdf>

mehr und nicht weniger. Führende Studien zeigen, dass die wirksamste und notwendigste politische Maßnahme, um die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt zu erhöhen, eine bessere Bereitstellung von Kinderbetreuungsdiensten ist⁸.

⁸ Vuri D. (2016). Do childcare policies increase maternal employment? Forschungsinstitut zur Zukunft der Arbeit (IZA). Bonn. URL: <https://wol.iza.org/articles/do-childcare-policies-increase-maternal-employment/long>

antrag der AfD-Fraktion auf Drucksache 18/11884 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktion der AfD und der Kollege Swoboda. Wer ist dagegen? – BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU und FDP. Enthaltungen? – Der Kollege Plenk. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/11885 mit 18/11889 und 18/11907 mit 18/11910 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in die jeweils federführend zuständigen Ausschüsse verwiesen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Mitglieder der Staatsregierung, sehr geehrte Damen und Herren!

Weihnachts- und Neujahrswünsche

Wir beenden heute das Sitzungsjahr 2020, ein Jahr, das wir aller Voraussicht nach wahrscheinlich nicht vergessen werden. Eines hat uns dieses Jahr auch gelehrt: Vorsicht. Das Jahr war leider reich an schlechten Nachrichten, reich an Notlagen und reich an Unwägbarkeiten. Das Coronavirus hat Bayern, Deutschland und große Teile der Welt fest im Griff. Es fordert unser Gesundheitswesen und unsere Schulen heraus, es reißt Menschen aus dem Leben, es gefährdet wirtschaftliche Existenzen, es sorgt dafür, dass unsere Kultur weitgehend brachliegt. Das Coronavirus hat tief und schmerzlich in unseren Alltag und in unser Zusammenleben eingegriffen.

Nach Jahrzehnten in Frieden und Freiheit und zunehmend wachsendem Wohlstand sind wir erschüttert worden. Ängste, die wir lange so nicht spüren mussten, kamen wieder auf; Ängste um die Älteren, Ängste um die Kranken, Ängste um die Sicherheit des Einkommens. Ich glaube, ich kann für uns alle sprechen: Wir sehnen uns nach einem unbekümmerten Miteinander und nach den gewohnten Begegnungen. Das Virus richtet sich aber nicht nach unseren Wünschen und unseren Sehnsüchten.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Vernunft der Bürgerinnen und Bürger, das leistungsstarke Gesundheitswesen und die politischen Antworten im Kampf gegen das Virus haben Leben gerettet. Dieser Dreiklang muss uns auch weiterhin leiten, wenn wir erfolgreich sein wollen, bis der Impfstoff und neue Therapien ihre Wirkung entfalten können. Es ist zwar noch ein schwieriger Weg, aber wir haben die Hoffnung, dass es ein Licht am Ende des Tunnels gibt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Coronavirus hat uns allen viel abverlangt. Auch wir haben uns neu darüber verständigen müssen, wie wir als Parlament in der Pandemie unsere Arbeitsfähigkeit sicherstellen – und das ohne irgendeine Blaupause. Zusammen mit allen Fraktionen konnten wir schnell reagieren. Wir konnten den Parlamentsbetrieb kooperativ und lösungsorientiert aufrechterhalten. Ich möchte mich an dieser Stelle bei allen, an der Spitze bei den Fraktionsvorsitzenden und den Parlamentarischen Geschäftsführern, für die gute Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken. Vielen herzlichen Dank dafür!

(Allgemeiner Beifall)

Als erstes Parlament in Deutschland hat der Bayerische Landtag in reduzierter Besetzung sowohl im Plenum als auch in den Ausschüssen getagt. Als erstes Parlament in Deutschland hat der Bayerische Landtag eine Maskenpflicht eingeführt. Als erstes Parlament in Deutschland hat der Bayerische Landtag mit Corona-Tests begonnen. Ich sage das auch mit ein bisschen Stolz für uns alle. Wir haben damit Ansteckungsrisiken reduziert, und wir halten uns an das, was wir anderen auch



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)**
Drs. 18/11889

**Gegen Diskriminierung bei der Besetzung von Unternehmensvorständen: Nein
zur Quotenfrau!**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Gerd Mannes**
Mitberichterstatlerin: **Ulrike Scharf**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 34. Sitzung am 28. Januar 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Ablehnung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Zustimmung
 - SPD: Ablehnung
 - FDP: AblehnungAblehnung empfohlen.

Sandro Kirchner
Vorsitzender

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Abstimmung

über eine Europaangelegenheit und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, FREIE WÄHLER, CSU, FDP und die AfD. Wer ist dagegen? – Das ist Herr Swoboda (fraktionslos). Enthaltung? – Das ist Herr Plenk (fraktionslos). Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gisela Sengl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Schule fürs Leben – Situation und Bildungspotenzial der Schulgärten und Schulküchen in Bayern darstellen
Drs. 18/10400, 18/13919 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

3. Antrag der Abgeordneten Margit Wild, Dr. Simone Strohmayr, Klaus Adelt u.a. SPD
Inklusion ist Aufgabe aller Schulen – Gute Entwicklungsbedingungen für alle Schülerinnen und Schüler schaffen
Drs. 18/10767, 18/13920 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Präsenzunterricht so lange wie möglich sicherstellen – Gesundheit der Lehrerinnen und Lehrer schützen
Drs. 18/10886, 18/13925 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Jürgen Mistol u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Spekulationen eindämmen!
Steuerschulpfloch „Share Deals“ endlich schließen
Drs. 18/11266, 18/13918 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Anna Toman u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht zum Einsatz von „Team-Lehrkräften“ im Schuljahr 2020/2021
Drs. 18/11268, 18/13923 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gabriele Triebel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Religion muss verbinden, nicht spalten – Förderung interreligiöser
Kompetenzen in der Lehrkräfteaus- und -fortbildung
Drs. 18/11288, 18/13924 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

12. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Elektronische Spieleindustrie und E-Sport in Bayern III:
Gemeinnützigkeit - Anerkennung von E-Sport
Drs. 18/11308, 18/12739 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

13. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Elektronische Spieleindustrie und E-Sport in Bayern IV:
Wettbewerb „Bayern E-Champions“
Drs. 18/11309, 18/12740 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

14. Antrag der Abgeordneten Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Elektronische Spieleindustrie und E-Sport in Bayern VI:
Kampagne „Bayern zockt“
Drs. 18/11311, 18/12741 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

15. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild, Klaus Adelt u.a. SPD
Schulen jetzt unterstützen - Aufstockung der Mittel für
Verwaltungskräfte, technischen Support und multiprofessionelle Teams
Drs. 18/11327, 18/13949 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

16. Antrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Stefan Löw u.a. und Fraktion (AfD)
Keine deutsche Staatsangehörigkeit für Terroristen!
Drs. 18/11474, 18/13789 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

17. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Albert Duin, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Power Purchase Agreements zum Weiterbetrieb auslaufender EEG-Anlagen nutzen
Drs. 18/11546, 18/13906 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

18. Antrag der Abgeordneten Martin Hagen, Christoph Skutella, Julika Sandt u.a. und Fraktion (FDP)
Gentechnikrecht an das 21. Jahrhundert anpassen
Drs. 18/11547, 18/13800 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>				

19. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Patrick Friedl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bericht über den Masterplan Moore
Drs. 18/11587, 18/13559 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

20. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Markus Rinderspacher, Florian von Brunn u.a. SPD
Photovoltaikpflicht auf Neubauten in Bayern
Drs. 18/11607, 18/13907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Benjamin Adjei u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Fördermittelvergabe für digitale Innovationen an ökologische Kriterien knüpfen
Drs. 18/11618, 18/13583 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

22. Antrag der Abgeordneten Petra Guttenberger, Tobias Reiß, Dr. Franz Rieger u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Dr. Hubert Faltermeier u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Fristenharmonisierung im strafgerichtlichen Revisionsverfahren, insbesondere durch Schaffung einer absoluten Höchstfrist für Urteilsabsetzungen sowie Verlängerung der Revisionsbegründungsfrist
Drs. 18/11664, 18/13790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>					

23. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Chaos an den Schulen beenden – klare Vorgaben und echte Perspektiven vermitteln
Drs. 18/11678, 18/13950 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

24. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerische tierschutzfachliche Leitlinien für die Rinder-, Puten- und Wassergeflügelhaltung erarbeiten
Drs. 18/11729, 18/13801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

25. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hep Monatzeder u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Für mehr Transparenz und Nachvollziehbarkeit in der bayerischen Entwicklungszusammenarbeit:
Entwicklungspolitischen Bericht nachbessern!
Drs. 18/11733, 18/13804 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

26. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Paul Knobloch u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Betäubungsanlagen in Schlachthöfen regelmäßig und von unabhängiger Stelle auf ihre Funktionalität überprüfen lassen
Drs. 18/11743, 18/13560 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

27. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold,
Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild u.a. und Fraktion (SPD)
Bildungsgerechtigkeit auch im Wechsel- und Distanzunterricht
gewährleisten – Brückenangebote und Förderunterricht sicherstellen
Drs. 18/11885, 18/13951 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

28. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn,
Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel u.a. und Fraktion (AfD)
Gegen Diskriminierung bei der Besetzung von
Unternehmensvorständen: Nein zur Quotenfrau!
Drs. 18/11889, 18/13908 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

29. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann,
Stephanie Schuhknecht u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Existenzgründungsmonitor für Bayern
Drs. 18/11919, 18/13584 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

30. Antrag der Abgeordneten Annette Karl, Florian von Brunn,
Margit Wild u.a. SPD
Ziele der Bayerischen Digitalisierungsstrategie messbar machen
Drs. 18/12011, 18/13585 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft,
Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

34. Antrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Florian von Brunn, Margit Wild u.a. SPD
EuGH-Urteil umsetzen – unrechtmäßige Abschiebungen
in Ungarn beenden
Drs. 18/12353, 18/13806 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und
Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel, Gerd Mannes, Franz Bergmüller, Josef Seidl, Martin Böhm, Ferdinand Mang** und **Fraktion (AfD)**

Drs. 18/11889, 18/13908

Gegen Diskriminierung bei der Besetzung von Unternehmensvorständen: Nein zur Quotenfrau!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Karl Freller

Abg. Katrin Ebner-Steiner

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Abg. Ulrike Scharf

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Eva Lettenbauer

Abg. Albert Duin

Abg. Andreas Winhart

Abg. Gabi Schmidt

Abg. Dr. Simone Strohmayer

Abg. Christian Klingen

Abg. Julika Sandt

Erster Vizepräsident Karl Freller: Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 33** auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Uli Henkel u. a. und Fraktion (AfD)

Gegen Diskriminierung bei der Besetzung von Unternehmensvorständen: Nein zur Quotenfrau! (Drs. 18/11889)

Ich eröffne die Aussprache. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Verteilung: CSU 9 Minuten, GRÜNE 6, FREIE WÄHLER 5, AfD 4, SPD 4, und FDP 4 Minuten. Die Staatsregierung hat 9 Minuten; die fraktionslosen Abgeordneten können jeweils 2 Minuten sprechen. Es ist nicht verboten, kürzer zu sprechen, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Die erste Rednerin auf der Liste ist Frau Abgeordnete Katrin Ebner-Steiner. Bitte schön.

(Beifall bei der AfD)

Katrin Ebner-Steiner (AfD): Zunächst einmal finde ich es unmöglich, wie Sie mit jemand umgehen, der eine schwere Erkrankung hatte, und dass Sie so blöd daherreden. Ich weiß nicht, aus welcher Ecke das kam, aber ich finde das unsäglich.

(Beifall bei der AfD)

Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen eine Kultur der Qualifizierten, der Fähigen und der Fleißigen. Was wir dagegen nicht brauchen, ist eine Kultur der Quoten.

Leider wird den Unternehmen künftig per Bundesgesetz vorgeschrieben, wie ihre Vorstände besetzt werden sollen; denn wenn der Vorstand eines Unternehmens aus mehr als drei Personen besteht, muss nun eine Frau mit dabei sein, völlig egal, ob qualifi-

ziert, fähig oder fleißig. Das, meine Damen und Herren, ist gelinde gesagt Sexismus pur.

Mit der neuen Regelung greifen Sie von den Altparteien wieder einmal schamlos in grundlegende Freiheitsrechte ein. Wieder einmal ebnen Sie den Weg in Richtung planwirtschaftlichen Sozialismus; denn das entscheidende Kriterium, die Qualifikation, spielt in Zukunft keine Rolle mehr. Eine Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes ist damit wohl kaum zu erwarten. Das scheint Ihnen aber auch nicht ganz so wichtig zu sein.

Dass ausgerechnet die CSU hier ganz vorne mitspielt, wundert wohl kaum jemanden. Söder und seine Partei, die sich Quoten auch im Kabinett auf die Fahnen geschrieben haben, biedern sich ihrem künftigen Koalitionspartner an, nämlich den GRÜNEN. Der Herr Ministerpräsident hat damals bei der Kabinettsumbildung selbst gesagt, und zwar auch noch voller Stolz: Parität der Geschlechter. Das scheint die neue Losung zu sein. Zum wiederholten Mal wird deutlich: Wer CSU wählt, der bekommt schließlich die Politik von Katharina Schulze und Annalena Baerbock.

(Beifall bei der AfD)

Wer dagegen Freiheit will, der muss sein Kreuzerl eben bei der AfD machen.

Meine Damen und Herren, Quoten sind ein Mittel des Zwangs. Sie greifen zutiefst in unsere freiheitliche Wirtschaftsordnung ein, in die Eigentumsfreiheit und in die Berufsfreiheit. Natürlich widerspricht dies auch dem Ansinnen der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Namhafte Staatsrechtler lehnen sie deshalb ab; denn es lässt sich juristisch nicht rechtfertigen, Unternehmen, in denen es keine ausreichend qualifizierten Frauen gibt, dazu zu zwingen, Personal einzustellen, das möglicherweise ungeeignet ist. In Summe gesehen stiften Frauenquoten Chaos und schaffen Widersprüche. Dabei will ich Ihnen nicht einmal absprechen, dass Sie es mit uns Frauen gut meinen. Aber gut gemeint ist nicht immer gut gemacht.

So sind und bleiben Frauenquoten leistungsfeindlich, freiheitsfeindlich und diskriminierend. Sie bewirken schließlich nur eines: dass wir uns weiter auf den Weg in die linksfeministische Planwirtschaft machen.

Meine Damen, uns Frauen stehen in Deutschland alle Türen offen, auch ohne eine verfassungswidrige Quotenregelung. Wir haben heute selbstverständlich dieselben Möglichkeiten wie die Männer. Mit unserem Antrag setzen wir als AfD-Fraktion daher ein klares Signal für Chancengleichheit und Freiheitlichkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Karl Freller: Ich bedanke mich, Frau Abgeordnete. – Bevor ich die nächste Rednerin aufrufe, gebe ich kurz das Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Gründerboom in Bayern IV: Meisterbonus" auf Drucksache 18/11256 bekannt. Mit Ja haben 19 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 59 gestimmt. Es gab 33 Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Damit darf ich weiterfahren. Ich rufe noch Frau Abgeordnete Ulrike Scharf auf und übergebe dann an den Kollegen. Bitte schön.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Frau Kollegin, Sie haben das Wort:

Ulrike Scharf (CSU): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der AfD zielt darauf ab, dass sich die Staatsregierung auf allen Ebenen dafür starkmacht, sich gegen eine Frauenquote zu positionieren. Herrschaften und auch Frau Ebner-Steiner, mit Ihren Ausführungen wird es langsam echt zu bunt. Ich muss ein bisschen in der Historie zurückgehen und kann Ihnen sagen, dass Frauen in Deutschland gerade einmal seit hundert Jahren das Wahlrecht haben. Erst seit 1962 dürfen Frauen ein eigenes Bankkonto eröffnen. Seit 1977 – man höre und staune! – dürfen Ehefrauen selbstständig einen Arbeitsvertrag ohne das Einverständnis ihres Ehemann-

nes unterschreiben. Erst seit 1980 sorgt das Gesetz über die Gleichbehandlung von Frauen und Männern am Arbeitsplatz dafür, dass Frauen zumindest laut Gesetz das gleiche Gehalt für die gleiche Arbeit bekommen müssen.

Kolleginnen und Kollegen, die gleiche Teilhabe von Frauen und Männern in unserer Gesellschaft, der Politik, aber auch in der Wirtschaft ist unerlässlich und muss selbstverständlich sein. Die Kolleginnen und Kollegen von der AfD haben im Vorfeld ihres Antrags einmal wieder nicht richtig recherchiert. Sie haben auch vollkommen falsche Fakten präsentiert. Wenn sie genau hingeschaut hätten, wüssten sie, dass jegliche Selbstverpflichtung zur Förderung von Frauen insbesondere in der Wirtschaft bisher keinen großen Fortschritt gebracht hat.

70 % der Unternehmen, die nach dem aktuellen ersten Führungspositionen-Gesetz freiwillig eine Zielgröße für den Frauenanteil im Vorstand festgelegt haben, streben eine Quote von null Prozent an. 70 % der Unternehmen! Insbesondere das Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst hat gezeigt, dass eine gesetzlich geregelte Quote eine Wirkung entfalten kann. Mit dem ersten Führungspositionen-Gesetz konnte der Anteil von Frauen in Aufsichtsräten immerhin von 30 % auf 35 % gesteigert werden. Das ist ein richtiger Schritt in die richtige Richtung.

Trotzdem ist vor allem für die Vorstände eine Nachsteuerung notwendig gewesen, die jetzt durch den Bund mit dem zweiten Führungspositionen-Gesetz auf den Weg gebracht wurde. Der Vorstand eines börsennotierten und zugleich paritätisch mitbestimmten Unternehmens muss künftig mit wenigstens einer Frau besetzt werden, wenn er mehr als drei Mitglieder hat.

Zahlreiche Studien beweisen außerdem, dass es einen klaren positiven Zusammenhang zwischen Frauen in Führungsverantwortung und dem messbaren Unternehmenserfolg gibt. Frau Kollegin Ebner-Steiner, dass Unternehmen erfolgreicher wären, wenn sie Frauen in Führungspositionen hätten, haben Sie einfach noch nicht verstan-

den. – Sie ist aber eh weg, wahrscheinlich ist es ihr egal. Ich empfehle ihr einfach, einige Studien zu lesen. Deshalb müssen Frauen in der Wirtschaft auch gefördert werden.

Ein wichtiges und das scheinbar einzig wirksame Instrument ist die gesetzlich geregelte Quote. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, bei dem vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion stellen wir wieder fest, wie realitätsfremd Sie von der AfD sind, wie weit weg Sie von den wirklichen Themen sind, die uns in der Wirtschaft umtreiben. Vor allem ist dieser Antrag eine echte Zumutung für alle Frauen. Der Antrag wird abgelehnt.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Dr. Ingo Hahn von der AfD vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzte Kollegin Scharf, Sie sprechen sozusagen im Sinne der Quote. Die CSU läuft den GRÜNEN geradezu hinterher. Das wurde eben schon gesagt. Sie lässt sich immer weiter in diese Richtung drängen, und das auch bei der Quote von Frauen. Das sieht man am Kabinett. Ich finde es gar nicht so schlecht, dass im Kabinett mehrere Frauen vertreten sind. Verstehen Sie mich bitte nicht falsch. In den wichtigen Fraktionspositionen sind bei der CSU aber keine Frauen zu finden. Dort haben wir den Herrn Kreuzer. Auch bei den FREIEN WÄHLERN haben wir keine Frau als Fraktionsvorsitzende. Bei den FREIEN WÄHLERN ist es Herr Streibl. Die GRÜNEN haben wenigstens Mann und Frau in der Fraktionsspitze wie auch die AfD. Bei den wichtigen Debatten, wie heute bei der Regierungserklärung, als Herr Söder hier gesprochen hat, gab es keine Quote. Die einzige Frau, die gesprochen hat, war die Frau der AfD, während alle anderen Parteien durch Männer vertreten waren.

(Widerspruch)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Darf ich um etwas Ruhe bitten?

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Frau Kollegin, was sagen Sie dazu?

Ulrike Scharf (CSU): Herr Kollege, kein Kommentar. Kehren Sie vor Ihrer eigenen Haustür.

(Beifall)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist für das BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abgeordnete Eva Lettenbauer. – Ich bitte das Plenum, sich wenigstens ein bisschen zu beruhigen. – Frau Lettenbauer, Sie haben das Wort.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleg*innen! Das, was die AfD heute wieder einmal abgeliefert, ist wirklich unter aller Kanone. Man muss nicht einmal bis zur Begründung lesen, bis man merkt, wie daneben Sie hier liegen. Ich zitiere:

Lediglich die persönliche Eignung einer Person in Bezug auf das zu besetzende Tätigkeitsgebiet soll das Auswahlkriterium für die Besetzung einer bestimmten Stelle sein [...]

Sie blicken auf die bayerische Wirtschaft und gehen jetzt, schriftlich mit diesem Antrag dokumentiert, davon aus, dass es keine geeigneten Frauen in der bayerischen Wirtschaft gibt, die Unternehmen führen können. Danke für Nichts, sage ich Ihnen im Namen der Ingenieurinnen, der Erzieherinnen, der Betriebswissenschaftlerinnen, all der qualifizierten Frauen hier in Bayern.

(Beifall)

Die Hälfte der Bevölkerung, die Frauen, hat die Hälfte der Mitsprache und der Mitentscheidung verdient. Auf dem Weg zu echter Gleichberechtigung gibt es noch viel zu tun. In den Parlamenten, in den Parteien und auch in der Privatwirtschaft muss den

Frauen die Macht, die ihnen zusteht, endlich mit wirksameren Quoten zugesichert werden. Sie, die AfD, ignorieren mit dem Antrag gesellschaftliche Realitäten, wissenschaftliche Erkenntnisse und den jahrhundertelangen Kampf von Frauen für Gleichberechtigung.

Liebe Kolleg*innen, gemessen an der Arbeit der AfD-Fraktion und der Logik, man brauche eine persönliche Eignung, dürfte aus der AfD-Fraktion ganz ehrlich niemand in diesem Parlament sitzen.

(Beifall)

Wir werden diesen Antrag aus Überzeugung ablehnen.

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Es liegen zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen vor. Für die erste Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Albert Duin für die FDP-Fraktion das Wort. Bitte schön.

Albert Duin (FDP): Liebe Frau Lettenbauer, bei aller Liebe, in meinem Betrieb führen die Frauen den Betrieb, weil sie super sind. Sie sind nicht als Quote eingesetzt, sondern sie sind super. Jetzt darf ich auf eine Geschichte letzte Woche im Petitionsausschuss hinweisen. Dort hatten wir das Thema "Quotenfrauen". Es ging um einen Betrieb, der nur mit fünf Leuten besetzt war, in dem nur Männer waren. Da sagte Ihre Kollegin Schuhknecht, ein Marketingposten werde schon noch übrig sein. Wenn das Ihre Ansicht von Quote ist, bin ich echt verzweifelt.

(Beifall bei der FDP)

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Herr Kollege, wir müssen jetzt Worte nicht im Mund herumdrehen. Dass es oftmals so passiert, ist sicher nicht auf uns GRÜNE zurückzuführen. Wir setzen uns für wirksame Quoten vor allem auch in den großen Unternehmen, die mit gutem Beispiel vorangehen müssen, ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön. – Für eine weitere Zwischenbemerkung erteile ich dem Abgeordneten Andreas Winhart für die AfD-Fraktion das Wort.

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegin Lettenbauer, Sie sind eine große Verfechterin der Frauenquote. Jetzt wollte ich Sie einmal ganz persönlich fragen: Haben Sie nicht schon selber einmal von einer solchen Frauenquote profitiert? Haben Sie diese Mechanismen für sich in Anspruch genommen? Das würde mich einfach persönlich interessieren.

Eva Lettenbauer (GRÜNE): Wie Sie sicher wissen, ist bei uns GRÜNEN die Quote selbstverständlich. Wir besetzen alle unsere Vorstandsgremien, unsere Entscheidungsgremien mindestens zur Hälfte mit Frauen. Selbstverständlich profitieren davon Frauen. Die Logik, die bei Ihnen zugrunde liegt, sagt, dass diese Frauen gar keine Kompetenzen mitbringen. Ganz ehrlich, wirklich erfolgreich sind wir erst, wenn irgendwann einmal inkompetente Frauen auf Plätzen landen. Zurzeit kommen immer nur Männer aufgrund von Spezlwirtschaft nach oben. Wir brauchen klare Festlegungen, dass Frauen die Mitbestimmungsrechte bekommen, die ihnen zustehen; denn kompetente Frauen gibt es in diesem Land.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Gabi Schmidt für die FREIEN WÄHLER.

(Unruhe)

Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Gabi Schmidt (FREIE WÄHLER): Liebe Fraktionsfrauen der AfD, die Tatsache, dass die Kollegin uns Frauen – wie soll ich sagen? – Fähigkeiten abgesprochen hat und dann lieber gleich gegangen ist, zeigt uns doch die Kompetenzen einiger weniger, aber nicht aller Frauen. Ich möchte Ihnen eines mitgeben, aber nicht wiederholen, was

Ulrike Scharf und andere Kolleginnen gesagt haben: Wie kommen Sie eigentlich auf die Idee, dass eine Frau, die sich auf eine Stelle bewirbt, schlechter ist als ein Mann, selbst wenn sie über die Quote eingestellt wird? Sie hat die gleichen Abschlüsse; sie hat einen Bachelor- und Masterabschluss, wenn sie die Prüfung ablegt. Meist sind die Frauen besser und trotzdem hintendran. Prüfungsverfahren und Ausbildung sind für Mann und Frau absolut gleich.

– Wo ist sie denn, Herr Hahn und liebe Kolleginnen und Kollegen der AfD? Jetzt wiederhole ich es doch, weil ich es mir einfach nicht verkneifen kann: Die AfD-Mitglieder schreiben mir ja immer, dass die Frauen hinter den Herd gehören. Jetzt sage ich es wieder zu den AfD-Frauen hinter dem Herd: Sie hatten einen richtigen Satz in der Antragsbegründung; aber hier haben Sie wirklich das Wichtigste weggelassen. "Ein Kernprinzip der westlichen Demokratie [...] ist das Primat der Chancengleichheit und des individuellen Wertes jeder Person unabhängig von Geschlecht, Rasse, Religion u. v. anderen Gruppenidentitäten." – Herkunft haben Sie dabei vergessen, weil Sie das nicht so gernhaben. Das war der einzig richtige Satz, der enthalten war. Wenn Frauen keinen Startplatz kriegen und in ihrem Beruf nicht aufsteigen können – oft gibt es eine gläserne Decke –, dann wird das nichts. Man muss das so machen, weil das die Zukunft ist.

Was haben Sie denn zu verlieren? Kollegin Scharf hat es schon angedeutet. Wie lange durften wir Frauen keine Ausbildung machen, wie lange durften wir Frauen keinen Beruf ausüben, wie lange – nehmen wir bloß die letzten 200 Jahre – war das eine reine Männerwelt! Haben Sie doch bitte einfach keine Angst.

(Zuruf)

Wir Frauen werden in den nächsten 200 Jahren auch nicht so viele schlechte Frauen finden, wie wir schon schlechte Männer in Führungspositionen gehabt haben.

(Beifall den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Sehen wir uns bitte einmal die verschiedenen Konzerne an. Das tut Ihnen nicht weh, weil Sie ja gewählt werden und ohnehin fast keine Frauen aufstellen. Daher ist das doch wurscht. Was müssen Sie in ein System hineinfuschen, das wir jetzt alle gemeinsam endlich verändern wollen? Haben Sie Angst vor Frauen? Hat Mami Sie öfter scharf angeredet? Ich kann mir einfach nicht sinnhaft erklären, woher Ihre panische Angst vor Frauen kommt. Aber wie gesagt: Ihre Frauen haben anscheinend ja auch Angst vor Ihnen, sonst würden sie nicht so schnell die Flucht ergreifen. Die letzten zwei Minuten schenke ich Ihnen, weil der ganze Antrag geschenkt ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Kollegin Dr. Simone Strohmayr für die SPD-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Dr. Simone Strohmayr (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Was wir nicht brauchen, ist dieser Antrag. Dieser Antrag zeigt das wahre Gesicht der AfD. Er ist rückwärtsgewandt und frauendiskriminierend. Es gibt genug gute Frauen in Bayern. In weiten Teilen ist dieser Antrag abstrus und wahrheitsverdrehend. Hier werden Gesetze verdreht, Studien und Fakten verzerrt, verkürzt und falsch wiedergegeben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, im Jahre 2021 gibt es leider immer noch viel zu wenig Frauen in Führungspositionen. Leider ist das auch im öffentlichen Dienst so, wofür wir hier im Freistaat Bayern zuständig sind. Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es gut, dass es wenigstens im Bund gelungen ist, endlich für den Vorstandsbereich eine Quote zu beschließen.

Zur Erläuterung: Diese Quote gilt nur bei börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Unternehmen. Die Quote besagt, dass bei mehr als drei Vorstandsmitgliedern eine Frau dabei sein muss. Liebe Frauen, liebe Kolleginnen, diese Quote ist ein Anfang, und das ist auch gut so.

(Zuruf)

Denn wir Frauen wissen: Die Quote wirkt. In Aufsichtsräten hat sich seit Einführung der Quote im Jahre 2016 der Frauenanteil über die Quote hinaus – 30 % waren festgelegt – auf 38 % erhöht. Die Wirksamkeit der Quote ist wahrscheinlich auch der Grund, warum Sie als AfD solche Angst vor der Quote haben.

(Unruhe)

Diesen Antrag lehnen wir als rückwärtsgewandt und frauenfeindlich aus tiefster Überzeugung ab. Ohne Frauen geht es nicht; das hat sogar Gott eingesehen.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vor. Ich erteile hierzu dem Abgeordneten Christian Klingen für die AfD-Fraktion das Wort. – Frau Dr. Strohmayer, Sie sind noch nicht entlassen. Es gibt eine Zwischenbemerkung.

(Unruhe)

– Herr Klingen, bitte.

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Entschuldigung.

Christian Klingen (AfD): Mich würde einmal die Handhabe der Quoten für andere Leute interessieren. Es gibt mittlerweile ein Gendersternchen, das wir schreiben sollen. Was machen Sie mit einer diversen Person? Zählt diese zur Frauen- oder zur Männerquote? Was machen Sie, wenn sich ein Mann zu einer Frau umoperieren lässt? Gilt dann für diese Person auch die Frauenquote?

Dr. Simone Strohmayer (SPD): Es ist schön, dass Sie mittlerweile erkannt haben, dass die Welt bunt ist. Es gibt noch viele Fragen zu bewältigen. Wir können das gemeinsam angehen, sicherlich aber nicht hier und heute.

(Beifall bei der SPD)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Danke schön, Frau Kollegin. – Nächste Rednerin ist die Abgeordnete Julika Sandt für die FDP-Fraktion. Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Julika Sandt (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die AfD zieht einmal wieder eine Forderung aus der hinteren rechten Ecke ihrer frauenverachtenden Mottenkiste hervor,

(Unruhe)

und wir müssen uns hier mit der Forderung beschäftigen. Man muss nichts von staatlich verordneten Quoten halten; noch viel weniger halte ich aber von Leuten, die nur sagen, was nicht getan werden darf, statt zu sagen, was getan werden muss, um Frauen zu fördern. Sie fordern die Staatsregierung dazu auf, sich auf allen Ebenen gegen die Frauenquote in Unternehmensvorständen zu positionieren. Das heißt: Ihre Formulierung richtet sich nicht nur gegen eine staatliche verordnete Quote, sondern auch dagegen, wenn sich ein Unternehmen vornimmt, Diversität zu fördern, und das selbst will. Was Sie hier vorlegen, ist doch das Gegenteil von Freiheit. Sie schränken damit die Unternehmen doch ein.

Es gibt gute Gründe, weshalb viele Unternehmen speziell Frauen fördern wollen. Manchmal tun sie es, weil sie wissen, dass Diversität in Vorständen natürlich auch zum Erfolg des Unternehmens beiträgt. Dazu gibt es beispielsweise die McKinsey-Studie "Delivering through Diversity", wonach Diversität erfolgsfördernd ist; Kollege Duin hat es eben gesagt. Sie wollen das verbieten. Ich muss echt fragen: Wovor haben Sie eigentlich Angst, wenn sich in progressiven Unternehmen etwas bewegt?

(Zuruf)

Man muss auch Folgendes sagen: Fakt ist doch, dass es in unserem Land bisher nicht nur nach Leistung geht. Wie kann es denn sein, dass es vier Mal so viele männli-

che Profs wie weibliche Profs gibt, obwohl Frauen öfter ihr Studium mit besseren Noten abschließen als Männer? Das kann nicht nur nach Leistung gehen. Da spielen natürlich auch andere Dinge eine Rolle, die alles andere als gerecht und leistungsorientiert sind. Die AfD will offensichtlich, dass sich an der Situation von Frauen nichts ändert. Das sieht man auch an ihrem Wahlprogramm, mit dem sie die Beibehaltung alter traditioneller Rollenklischees propagiert. Das Thema der Stärkung der Frau gehen Sie nur im Zusammenhang an; Sie wollen muslimische Frauen vor Unterdrückung schützen. Ich nehme Ihnen kein Jota ab, dass Sie irgendetwas zur Unterstützung oder Stärkung von Frauen tun wollen. In Wirklichkeit spielen Sie sich hier als Pseudobeschützer auf und wollen die Frauen dorthin bringen, wohin Sie sich diese am liebsten wünschen: nämlich an den Herd. Da kann ich nur sagen: Gut, dass Sie hier im Land nichts zu sagen haben.

Dabei gibt es viel zu tun. Wir haben im März in einem Dringlichkeitsantrag viele Maßnahmen aufgezeigt. Der öffentliche Dienst sollte hier eine Vorbildfunktion übernehmen. An Universitäten gibt es zum Teil diese Kaskadenmodelle, wo man sagt, man orientiert sich auf jeder Ebene an der darunterliegenden Ebene, weil es je nach Fakultät sehr unterschiedliche Frauenanteile gibt. Aber da wundere ich mich schon: Beim Zentrum Bayern Familie und Soziales, von dem man denkt, dort müsste man einen Nerv dafür haben, arbeiten 67,5 % Frauen – auf der oberen Führungsebene steht eine Frau zehn Männern gegenüber.

Jetzt weiß ich, was wieder kommen wird. Aber wir von der FDP haben verstanden. Wir haben gesehen, dass es tatsächlich ein Ungleichgewicht gibt. Deswegen haben wir entsprechende Beschlüsse sehr öffentlichkeitswirksam auf den Weg gebracht. Wir haben das verstanden. Ich erwarte, dass das im öffentlichen Dienst vor allen Dingen hier in Bayern vorangetrieben wird und dass die Regierungsfaktionen hier etwas auf den Weg bringen.

Darüber hinaus muss die Ganztagsbetreuung, eine qualitativ gute frühkindliche Bildung, ausgebaut werden, wobei auch Mädchen gerade in den sogenannten MINT-Fä-

chern gefördert werden, damit später in den Ingenieurwissenschaften genügend Frauen sind, wie es in anderen Ländern, in Spanien zum Beispiel, der Fall ist.

Wir wollen einen Gründungszuschuss nach der Elternzeit und besseren Zugang für Frauen zu Wagniskapital. Nie gab es mehr zu tun. Aber dafür brauchen wir nicht die AfD auf der Bremse.

(Beifall bei der FDP)

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Herzlichen Dank, Frau Kollegin. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung empfiehlt die Ablehnung des Dringlichkeitsantrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten der AfD zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind sämtliche anderen Fraktionen. Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung des Abgeordneten Plenk (fraktionslos). Dann ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.